

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/166

Bonn, den 3. September 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

2 Sicherheit und Frieden, Freundschaft mit allen Völkern! 104

Zur Rede des Außenministers Willy Brandt

Von Günter Markscheffel, z.Zt. Genf

3 - 4 Die Leistungen zeugen für uns 72

Zu den kommenden Kommunalwahlen in Niedersachsen

Von Dr. Georg Diederichs, Ministerpräsident von Niedersachsen

5 Keine Probleme für de Gaulles Außenpolitik 46

Entgegengesetzte Konzepte stehen zur Wahl

Von Georg Scheuer, Paris

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Grundwerte der nationalen Selbstbehauptung sichern

Soll man mit der anderen Seite sprechen?

Beweis für die Zersetzung des Weltkommunismus

Angst vor einem Erfolg der deutschen Politik

Protest eines Polen

Frage nach dem Bundesvertriebenenausweis

*

*

*

Sicherheit und Frieden, Freundschaft mit allen Völkern!

Zur Rede des Außenministers Willy Brandt

Von Günter Markscheffel, z.Zt. Genf

Die mit Spannung erwartete Rede von Bundesaußenminister Brandt vor dem Plenum der Genfer Konferenz der nichtnuklearen Staaten war ein Bekenntnis der Bundesrepublik Deutschland zur konsequenten Fortsetzung ihrer Politik der Sicherheit und des Friedens. Der bewaffnete Überfall von fünf Staaten des Warschauer Paktes auf die CSSR und die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für das tschechoslowakische Volk haben natürlich die politische Landschaft geändert, in der die Genfer Konferenz jetzt stattfindet. Wenn der Bundesaußenminister in dieser Situation den Friedenswillen des deutschen Volkes betont und hierbei den Problemen der Sicherheit nicht nur für das deutsche Volk, sondern auch für alle anderen Völker seine besondere Aufmerksamkeit widmet, so ist dies ein Zeugnis politischer Reife unseres Volkes, für das Brandt in diesem Falle stellvertretend, in Genf gesprochen hat.

Diese Rede setzte aber auch durch die Offenheit in der Darstellung jener Vorschläge, die die Bundesrepublik ihrerseits im Rahmen der Genfer Konferenz zu machen hat, eine Zäsur in den vielen sich oft überschneidenden Bemühungen der nichtnuklearen Staaten um größere Sicherheit. Sätze wie:

"Wer Macht hat zur atomaren Macht, der hat noch nicht die Moral auf seiner Seite, auch nicht die Weisheit." - Oder:
"Die großen Gefahren für die Menschheit gehen von den großen Mächten aus und nicht von den kleinen."

Sie sind ein moralischer Appell an jene Kräfte in der Welt, die sich allzu oft den Anschein geben, als sei das friedliche Zusammenleben der Völker auch ohne die Definierung allseits anerkannter Rechte und Pflichten möglich.

Brandts Hinweis auf die universalen Prinzipien des Völkerrechts, die nicht verletzt werden dürfen, ist die Grundlage, von der die deutsche Politik ausgeht und von deren Aufrichtigkeit er die anderen Nationen überzeugen will:

- * Souveränität
- * Territoriale Integrität
- * Gewaltlosigkeit
- * Selbstbestimmungsrecht der Völker
- * Menschenrechte.

Es ist zu beachten, daß der Bundesaußenminister durchblicken ließ, wie sehr die Unterzeichnung des NV-Vertrages durch die Bundesrepublik unter Umständen von der Erfüllung und Beachtung dieser Prinzipien in der praktischen internationalen Politik abhängig sein kann.

In den Rahmen dieser Überlegungen gehört selbstverständlich der Hinweis, daß es nicht zulässig ist, den Verzicht auf Gewalt zur Lösung politischer Probleme selektiv auf gewisse Staaten zu beschränken. Auf die Bundesrepublik bezogen erklärte der Außenminister: "Wir billigen niemandem ein Interventionsrecht zu."

Es ist zu hoffen, daß man in den Staaten des Ostblocks die von Bundesaußenminister in seiner Rede erklärte Bereitschaft der Bundesrepublik zur Kenntnis nimmt, an einem Abkommen mitzuwirken, das im Zuge einer ausgewogenen Verminderung aller Streitkräfte, auch zur stufenweisen Verringerung der Kernwaffen in ganz Europa führt. Hier wendet sich Brandt aber auch direkt an die Kernwaffenmächte, als deren Pflicht er es bezeichnet, die wesentlichen Ursachen der Unsicherheit bei den nichtnuklearen Staaten schrittweise abzubauen und sie wirkliche nukleare Abrüstung in einen Zusammenhang mit der Abrüstung des riesigen konventionellen Rüstungspotentials zu bringen.

Die Bundesrepublik ist mit gutem Beispiel vorangegangen. Sie hat keine nationale Armee, ihre Truppen können also nur im Rahmen von Verteidigungsmaßnahmen agieren, die von einem gemeinsamen Oberkommando der Verbündeten befehligt werden. Ferner: Die Bundesrepublik hat schon 1954 in einem internationalen Vertrag auf die Herstellung von ABC-Waffen verzichtet. Wenn andere Staaten die gleiche Haltung einnehmen - so Brandt - könnte es um vieles besser in Europa und in der Welt stehen.

Die friedliche Nutzung der Atomenergie - eines der Hauptthemen der Genfer Konferenz - wird von der Bundesrepublik als eine Aufgabe gesehen, die auch den Entwicklungsländern helfen soll, ihre industrielle Entwicklung zu modernen Staaten zu fördern. Das Problem der Kontrolle der friedlichen Atomenergie kann heute gelöst werden. Die Bundesrepublik hat nichts zu verbergen. Im Gegenteil, sie lädt die interessierten Delegationen der Genfer Konferenz zu einem Besuch des Kernforschungszentrums in Karlsruhe ein, wo die moderne Reaktortechnik auch der schnellen Brüter entwickelt wird. Auch hier bietet sich ein weites Betätigungsfeld für die Sicherung des Friedens. Es geht um die Bekämpfung des Hungers in der Welt durch die Entwicklung der natürlichen Energiequellen in jenen Ländern, die noch nicht aus eigener Kraft zur vollen Entfaltung gelangen können.

Mit tiefem Ernst erinnerte Brandt daran, daß vor 42 Jahren Gustav Stresemann in Genf jene Rede hielt, mit der er Deutschland in die damalige Gemeinschaft, den Völkerbund, einführte. Was damals schon als Ziel vorschwebte, hat viele Rückschläge erleiden müssen. Aber gerade deshalb und weil das deutsche Volk seine Lektion aus der Geschichte gelernt hat, verfolgt die Bundesrepublik konsequent eine Politik, die an die Stelle des Gleichgewichts des Schreckens eine Friedensschwänzung in diesen Kontinent setzen will. Eine vernünftige Alternative gibt es zu einer solchen Politik nicht. Wenn angesichts der größten Anwesenheit militärischer Zerstörungskraft, die es je gegeben hat, Angst und Schrecken die Völker erfüllt, so kann es nicht den Interessen dieser Völker entsprechen, daß neue Spannungen erzeugt werden.

Dieser Gedanke, so selbstverständlich er erscheinen mag, mußte gerade jetzt von einem deutschen Außenminister ausgesprochen werden. Sicherheit, Frieden und Fortschritt sind Elemente der Vernunft. Wer auf die Dauer der Vernunft zuwiderhandelt, wird in Straußel grauenhafter Vernichtungen untergehen.

Dieses hier in Genf vor den Vertretern von über 90 Staaten von Brandt erneut bekräftigte Bekenntnis der Bundesrepublik Deutschland zu einer Politik der Sicherheit, des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern, ist stärker als die Behauptung, Bonn sei "revanchelüster, imperialistisch und zur Aggression bereit". Das deutsche Volk will mit allen seinen Nachbarn in Frieden leben. Es will in Ruhe arbeiten und es glaubt, daß Werke des Friedens für alle Völker sinnvoller sind, als Haß, Bedrohung und Zerstörung. An die Stelle des Misstrauens muß die Überzeugung treten, daß Wohlstand, Sicherheit und Friede nur in gegenseitigem Respekt der Völker voreinander gewahrt werden können.

Die Leistungen zeugen für uns

Von Dr. Georg Diederichs, Ministerpräsident von Niedersachsen

Wenn wir uns jetzt rüsten, unseren Bürgern eine rege Beteiligung an den Wahlen für die kommunalen Körperschaften (Gemeinderäte und Kreistage) zu empfehlen, dürfte es angemessen sein, einen kurzen Überblick zu geben über das, was die Abgeordneten in diesem engsten heimatlichen Bereich an Vor- und Fürsorge für alle ihre Mitbürger geleistet haben und in Zukunft sowohl die alten wie die neuen Vertreter - zu tun bereit sind.

Gerade auf dieser politischen Ebene ist es dem Bürger überschaubar und deutlich zu machen, welche Opfer an Zeit und Arbeit zum Wohle unserer gemeinsamen Belange sozialdemokratische Abgeordnete zu bringen bereit sind und waren. - Der Aufgabenbereich ist von Jahr zu Jahr gewachsen, und aus dem Tiefpunkt unmittelbar nach dem Kriege bis heute sind an Aufbau und Ausbau im gemeindlichen Bereich - überall lokal sehr verschieden - äußerst beachtliche Erfolge und Leistungen zu registrieren.

Die Haushaltspläne in Gemeinden und Kreisen - es lohnt sich für jeden, sie nur einmal durchzublättern - enthüllen die Vielfalt kommunalen öffentlichen Wirkens der ehrenamtlichen Vertreter der Bevölkerung und ergeben für die sozialdemokratischen Bürgermeister, Senatoren, Stadt- und Gemeindevertreter eine stolze Bilanz und aus ihrem Verantwortungsbewußtsein für soziale Demokratie erneuten Ansporn, sich der Sorgen um die dringlichen Aufgaben der Wohngemeinschaft anzunehmen.

Nur andeutungsweise seien einige Gebiete aus dem öffentlichen Bereich aufgezählt, die jeden angehen:

Das intakte Krankenhaus, die sicheren, guten Straßen, Sportstätten, Anlagen, Beleuchtung, die Versorgung mit Trinkwasser, Abwasser- und Müllabfuhranlagen sowie die Verbesserung von Wohnraum und nicht zuletzt die Schaffung von Wohn- und Lebensraum für

Alte und Kinder sowie Bildungsstätten aller Art, Schulen, Kindergärten etc. Wünsche und Möglichkeiten aufeinander abzustimmen, sie mit den Bürgern in engstem Kontakt ständig zu erörtern, sich der Kritik, auch der harten, vielleicht sogar unberechtigten, zu stellen und sie zu beherzigen oder zu widerlegen, gehört zum alltäglichen Programm, und die aus ihrer Grundeinstellung und Sacherfahrung bestvorbereiteten sozialdemokratischen Kommunalpolitiker haben stets engste Fühlung mit der Mitbürgern gehalten.

Das wird ihnen nicht immer leicht gemacht, zunal Dringlichkeit der Aufgaben, Wunsch und Wollen oft Grenzen im Finanziellen finden, die schmerzlich sind und nur in verständnisvollem Ausgleich mit den anderen Ebenen des öffentlichen Lebens in Land und Bund gefunden werden können. Es ist deshalb das unablässige Bemühen der Landesregierung, den Anteil der Kommunen an den öffentlichen Mitteln mit der Wichtigkeit ihrer Aufgaben in Einklang zu bringen.

Die bisherige finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden reicht nicht aus, um die Investitionen für die Zukunft zu meistern. Eine echte Finanzreform muß den Anteil der Gemeinden an Gesamtsteueraufkommen ihren großen Aufgaben entsprechend erhöhen. Seit Bildung der Großen Koalition in Bonn, seitdem Sozialdemokraten in der Bundesregierung mitwirken, wächst auch dort das Verständnis für die Finanznöte unserer Gemeinden. Erste Ergebnisse machten das sichtbar. So erinnere ich nur an die Mittel aus der Mineralölsteuer, die für Verkehrsvorhaben in den Gemeinden zur Verfügung gestellt worden sind. Dennoch wird es ein weiter Weg sein, bis den Gemeinden ausreichende Finanzquellen erschlossen worden sind, wozu der "große Steuerverbund" mit Rückverteilung nach Schwerpunktgesichtspunkten ein wesentlicher Faktor sein wird.

Es ist unser unverrückbares Ziel, den Gemeinden und der Selbstverwaltung unserer Bürger noch mehr Gewicht zu geben und sie in der selbständigen Lösung ihrer Aufgaben weitgehend unabhängig zu machen. Das bedeutet in unserer klaren Vorstellung, daß Aufgabenkatalog und Mittelverteilung in eine gesunde Beziehung gebracht werden müssen. Dann kann man mit Recht an die Opferbereitschaft derer appellieren, die sich bereit finden, für die gesamte Bürgerschaft zu wirken. Sozialdemokraten sind es gewohnt, sich solidarisch zu fühlen mit allen, was der gesamten Gesellschaft dient.

Helfen wir ihnen, denn sie wollen allen, mithin auch uns, helfen. Richten wir den Blick auf den 29. September, auf die Solidarität der Sozialdemokraten in Bund, Land und Gemeinde, dann werden wir die Zukunft meistern.

Neue Probleme für de Gaulles Außenpolitik

Entgegengesetzte Konzepte stehen zur Wahl

Von Georg Scheuer, Paris

Die französische Außenpolitik durchquert in Folge der letzten osteuropäischen Ereignisse einen Engpaß. In Erwartung der Pressekonferenz General de Gaulles am Montag, 9. September 1968, hört man im Regierungslager verschiedene und teilweise sehr unterschiedliche Stimmen.

So ist beispielsweise für Außenminister Michel Debré die sowjetische Aggression gegen die Tschechoslowakei ein bloßer "Verkehrsunfall", der die weiteren Ost-West-Beziehungen nicht beeinträchtigen sollte. Der neue Chef des Quai d'Orsay sprach vor der außenpolitischen Parlamentskommission. Die von mehreren Abgeordneten - auch innerhalb der Regierungsparteien - gewünschte Einberufung der Nationalversammlung anlässlich der tschechoslowakischen Krise wurde nicht für notwendig befunden. Die militärische Intervention der Sowjets wird allgemein abgelehnt - auch von der kommunistischen Partei - nur will die französische Regierung aus dieser "moralischen Verurteilung" keine weiteren Konsequenzen ziehen. Insbesondere soll es keine Rückkehr zur "Blockpolitik" und keine Wiederbelebung des atlantischen Bündnisses geben. Soweit Debré.

Am gleichen Tage forderte jedoch der altbekannte Abgeordnete und frühere Generalsekretär der gaullistischen Regierungspartei, Jaques Baumel, eine "veränderte Haltung gegenüber Moskau". Washington habe angeblich den "geheimen Wunsch, dem sowjetischen Partner keinerlei Unannehmlichkeiten zu bereiten". Die europäischen Mächte müßten jedoch reagieren. Der "neue Gewaltstreich" dürfe nicht ohne Antwort bleiben. Die bis jetzt von Paris angestrebte Politik der "Entspannung" wird von Baumel mit Skepsis quittiert.

Hier handelt es sich um keine bloßen "Nuancen", sondern um durchgehende Meinungsverschiedenheiten im ganzen französischen Regierungslager im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Tschechoslowakei und den Drohungen gegen Rumänien und Jugoslawien.

Deutlich entgegengesetzte Konzepte stehen zur Wahl. Sie umreißen das Terrain, auf dem sich die französische Außenpolitik bewegt: a) direkte Verständigung zwischen Paris und Moskau über alle europäischen Belange ohne "Einnischung" sogenannter außereuropäischer "Kräfte" (USA, Großbritannien); oder b) Hilfe für die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien, die früheren "Schützlinge" Frankreichs zur Zeit der "Kleinen Entente". c) Neue Annäherung an Washington und London und eine gewisse Neubelebung des Atlantikpaktes (der bekanntlich nach dem ersten Prager Staatsstreich 1948 zustande kam).

De Gaulles Europapolitik "vom Atlantik zum Ural" war schon seit einem Jahr erschüttert. Insbesondere seit dem glücklosen französischen Staatsbesuch in Polen. Nun ist sie durch die letzten Ereignisse zum Teil in Frage gestellt. In Moskau ist man sich dieser neuen Entwicklung bewußt. Das beweisen die letzten Erklärungen des Pariser Sowjetbotschafters Sorin. Der Kream bemüht sich mit der Ellysee in besten Einvernehmen zu bleiben. Man erwartet auf der Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten am kommenden Montag Erläuterungen, die möglicherweise auch der französischen Außenpolitik neue Akzente setzen.